

Sozialpolitischer Skandal: Kürzungen im Reha-Bereich auf Kosten von Rehabilitanden und Beschäftigten

Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) versucht in den laufenden Tageskostensatzverhandlungen für Reha-Einrichtungen für das Jahr 2004 Kürzungsmaßnahmen durchzusetzen. Für die bis Ende dieses Jahres stattfindenden Kostensatzverhandlungen der Landesarbeitsämter hat die BA zentral „Verfahrenshinweise zu Preisvereinbarungen mit Reha-Einrichtungen“ für die verhandelnden Landesarbeitsämter herausgegeben.

Sie sehen Folgendes vor:

- Durchschnittskostensätze für die Reha-Einrichtungen. Hier wird über einen Kamm geschoren, ohne die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Personalkapazitäten, Behinderungsarten, Tarifverträge zu berücksichtigen.
- Die Bundesanstalt für Arbeit weist rigoros an, wer über den Durchschnittskosten liegt, hat 10 % einzusparen. Damit steigt in vielen Reha-Einrichtungen die Gefahr, dass Beschäftigte entlassen und eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der bisherigen Form nicht mehr zu gewährleisten ist.
- Gleichzeitig strebt die BA an, vorberufliche Maßnahmen, die bisher in Berufsbildungswerken angeboten wurden, öffentlich auszuschreiben. Hier würde dann der günstigste Anbieter den Zuschlag erhalten. Berufsbildungswerke wären aus dem Rennen, da diese aufgrund ihrer qualitativ hochwertigen Ausbildungsbegleitung und Ausbildungsvorbereitung und den damit verbundenen höheren Tageskostensätzen nicht konkurrenzfähig wären. Berufsbildungswerke wären gezwungen, außerhalb ihrer Kosten anzubieten, was eine Existenzgefährdung bedeuten würde.

Die behindertenfeindlichen Streichvorhaben verschärfen diese Situation

Betroffen sind behinderte Menschen, beispielsweise mit Lern-, Körper-, Sinnes- oder psychischen Behinderungen, für die es auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ohnehin schwierig ist.

Kürzungen im Rehabilitationsbereich leisten keinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Die Politik und die Bundesanstalt für Arbeit nehmen billigend in Kauf, dass behinderte Menschen weiter ausgegrenzt werden.

Die Politik und die Bundesanstalt für Arbeit produzieren Arbeitslosigkeit bei behinderten Menschen und bei den Beschäftigten in den Reha-Einrichtungen.

Wir fordern mit Nachdruck die Bundesregierung sowie die Bundesanstalt für Arbeit auf, für die weitere Durchführung der beruflichen Rehabilitation die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Gegen eine Fortführung der sich auch in unserem Bereich abzeichnenden Sparpolitik werden wir uns gemeinsam mit unseren Belegschaften und Rehabilitanden zur Wehr setzen.

Wir fordern:

- **Aufhebung der Mittelkürzung für die berufliche Rehabilitation Erstausbildung.**
- **Die Rücknahme der bundeseinheitlichen Durchschnittskosten.**
- **Keine zentrale Ausschreibung von vorberuflichen Maßnahmen.**
- **Ausreichend finanziell gesicherte Ausbildungsplätze in Berufsbildungswerken für junge behinderte Menschen zur Verfügung zu stellen.**

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat sich bereits gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen der Reha-Einrichtungen an die Politik und die Bundesanstalt für Arbeit gewandt. Zur nächsten Sitzung des ver.di-Arbeitskreises Reha/BBW ist zu dem Thema der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Karl-Hermann Haack, eingeladen. Wir werden die Beschäftigten in den Reha-Einrichtungen über die weitere Entwicklung informieren.